

Workshop des Forschungsschwerpunktes Österreich in seinem Umfeld

Dissertationsprojekte zur Österreichischen Geschichte der Neuzeit

Wien, 17. Dezember 2021

Digitale Veranstaltung

<https://univienne.zoom.us/j/91676301589?pwd=TFVLTTRocDUzVC9lUjBhVlZlRmljZz09>

Organisation: Peter Becker, Josef Löffler

Programm

Session 1

Moderation: Peter Becker

08:30 – 09:15 **JENNIFER KARL**: Das bürokratische Verfahren der Entnazifizierung. Behördliche Prozesse und Verwaltungsstrukturen der unmittelbaren Nachkriegszeit

09:15 – 10:00 **JULIA BAVOUZET**: When State-Building Goes International: Austria, Hungary and Czechoslovakia and the League of Nations

10.00 – 10:15 Pause

Session 2

Moderation: Martin Scheutz

10:15 – 11:00 **ANDREAS MOITZI**: Das städtische Militärwesen Wiens im Spätmittelalter

11:00 – 11:45 **MICHAEL PROKOSCH**: Das Österreichische Bürgerbücher der Frühen Neuzeit im Vergleich

11:45 – 12:30 **SAYAKO KUME**: Österreichische Schulbildung im Zeitalter der Aufklärung anhand eines Vergleichs katholischer und protestantischer Bildungstheorien und -methoden. Unter besonderer Berücksichtigung der Schriften von Abt Johann Ignaz von Felbiger

12:30 – 13:30 Mittagspause

Session 3

Moderation: Josef Löffler

13:30 – 14:15 **BERNHARD HUBER**: Der deutsche Orden im 19. und 20. Jahrhundert

14:15 – 15:00 **REINHARD PISEC**: Das Patent als Regulierungsinstrument für wirtschaftspolitische Strategien unter Kaiser Franz Joseph I. Ein ideengeschichtlicher, akteurszentrierter Ansatz im institutionellen Kontext

15:00 – 15:45 **DAVID SMRČEK – JAN BOUŠKA**: Karl Maria Coudenhove and Erich von Kielmansegg. Two Governors at the End of the 19th Century and Beginning of the 20th Century

When State-Building Goes International: Austria, Hungary and the League of Nations

JULIA BAVOUZET

By situating the case of three emblematic Habsburg successor states in the new historiography of internationalism which turns on studies of the League of Nations (LoN), this presentation will explore the interconnections of Austria, Hungary and Czechoslovakia with the League as a way to question their involvement in the new international order. Taking this occasion to present my ongoing research, I would like to develop the comparative dimension of these interconnections, so as to highlight the specificities but also the similar issues the three countries had to face. Relationship to the League, for the very enthusiast young Czechoslovak state, the more ambivalent Austrian Republic or the reluctant Hungarian defeated country, manifested in their participation in the League's forums, but also in their civil societies' commitment to its internationalist ideal. These two aspects will form the core of my presentation.

First, "measuring" each country's participation in the various organizations of the League (even before their official membership, as it is the case with the Hungarian's representation in Geneva before 1923) would help to map the official dimension of these relations.

Second, beyond the state actors, members of the civil society also participated in the constituting international level of governance. They relied on different traditions and cultures of internationalism, but were also pursuing different aims while collaborating with LoN - what for example the various setups of LoN associations in the three investigated countries reflects in an interesting way.

Moving the focus to a regional level would hopefully contribute to overcome a certain feeling of national uniqueness, while replacing the different experiments in their regional environment.

Der Deutsche Orden im 19. und 20. Jahrhundert

BERNHARD HUBER

Die Frage nach dem Charakter des Deutschen Ordens als geistlich-ritterliches Institut hält insbesondere für das 19. und frühe 20. Jahrhundert zahlreiche Desiderate. Die Untersuchung setzt daher in der Chronologie mit der Reorganisierung des Deutschen Ordens auf dem Gebiet der Habsburgermonarchie in den Jahren nach 1806 ein, reicht über die kurialen Kontakte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sowie die Konsequenzen nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und geht bis hin zu den Folgen der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Österreich und der ČSR. Inhaltlich sollen unterschiedliche Erscheinungsformen des Ordens in jener Periode herausgearbeitet und in ihren kirchlichen, staatlichen sowie gesellschaftlichen Umweltbeziehungen dargestellt werden. Der Blick auf die Umweltbeziehungen vor dem Forum des Staates und dem der Kirche legt seinen „gemischten Charakter“ als geistliches Institut einerseits, als Korporation mit struktureller wie ideologischer Anbindung an das Haus Habsburg andererseits frei. Der gesellschaftliche Aspekt spricht den Orden als Träger von Nationalität an. Ein solcher Zugang versucht die Performanz des Ordens als Ergebnis von Diskussionen interner wie externer Akteure um die Verortung der Gemeinschaft zu sehen. Die nur teilweise bekannten Ereignisgeschichten jener Zeit verharren dabei nicht wie in bisherigen Arbeiten als narratives Ziel, sondern können darüber hinaus Formen von Abhängigkeit bzw. ordenseigene Gestaltungsspielräume zeigen. Daneben ist ferner nach dem Geschichtsbild der klerikal dominierten Ordensgeschichte des 20. Jahrhunderts im Blick auf das 19. zu fragen sowie nach den dort historiographisch gesetzten Zäsuren. Der Blick auf die Beziehungsgeflechte soll dabei andere Narrative sowie eine Neubestimmung vermeintlicher Brüche mit Aspekten von Kontinuität erlauben.

Das bürokratische Verfahren der Entnazifizierung

Behördliche Prozesse und Verwaltungsstrukturen der unmittelbaren Nachkriegszeit

JENNIFER KARL

Der Arbeitsalltag im Österreichischen Staatsarchiv/Archiv der Republik konfrontiert fast wöchentlich mit der Frage nach „dem Entnazifizierungsakt“, wenn nicht überhaupt – unter dem Einfluss einschlägiger deutscher Literatur – nach dem „Spruchkammerakt“ zu einer Person. Dabei steht für die Fragenden meistens das Ergebnis der Entnazifizierung im Vordergrund. Dem entgegen steht eine mehr oder weniger ausgeprägte Unkenntnis über den Vorgang der Entnazifizierung als Verwaltungsprozess und die diesem Prozess zugrundeliegenden Normen. Während sich etliche Arbeiten über Entnazifizierung mit den Schicksalen einzelner Personen oder aber auch ganzer Berufs- und Sozialgruppen befassen, gibt es kaum Arbeiten, die sich näher mit dem bürokratischen Vorgehen dieses Prozesses als solches befassen.

Mit dem Ende des zweiten Weltkrieges im Mai 1945 eröffnete sich schnell die Frage, wie künftig mit den AnhängerInnen der NSDAP umzugehen sei. Die Lösung dafür fand sich in der Idee der sogenannten "Entnazifizierung" Deutschlands und Österreichs, wobei die zwei Länder schon von Beginn an unterschiedlich eingestuft wurden, da Österreich unter den Alliierten allgemein als erstes Opfer Deutschlands galt. Gemeinsam mit der provisorischen österreichischen Regierung erarbeiten die Besatzungsmächte ein Konzept für die "Entnazifizierung" des Landes, welche sich sowohl einzelne Personen als auch nationalsozialistisches Gedankengut als Gesamtes vornehmen sollte. Auf das NSDAP- Verbotsgesetz im Mai 1945, nach welchem sich "*[a]lle Personen mit dem ordentlichen Wohnsitz oder dem dauernden Aufenthalt im Gebiet der Republik Österreich, die zwischen dem 1. Juli 1933 und dem 27. April 1945 der NSDAP oder einem ihrer Wehrverbände (SS, SA, NSKK, NSFK) angehört haben, [...] ferner alle Parteianwärter und Personen, die sich um die Aufnahme in die SS (Schutzstaffel) beworben haben,*"¹ in "*besondere Listen*" zu verzeichnen hatten², folgte schnell das Kriegsverbrechergesetz im Juni 1945³ - beide zusammen bildeten den Grundstock der Entnazifizierung in Österreich, welche in ihrer Planung wohl einfacher gedacht war, als es sich in der Praxis schlussendlich herausstellte.

Ziel meiner Arbeit ist es, das an verschiedenen Standorten überlieferte Verwaltungsschriftgut inklusive der grundlegenden Normen u.a. mittels Politikfeldanalyse, Organisationsanalyse und Netzwerkanalyse auszuwerten um so die Fragen zu beantworten, wie sich die Entnazifizierung in Österreich zwischen 1945 und 1957 in verwaltungstechnischer Hinsicht entwickelte, welche Strukturen und Prozesse aufgebaut wurden und wie und durch wen sich diese veränderten.

¹ https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1945_127_0/1945_127_0.pdf

² Vgl. Ebd.

³ https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1945_31_0/1945_31_0.pdf

Österreichische Schulbildung im Zeitalter der Aufklärung anhand eines Vergleichs katholischer und protestantischer Bildungstheorien und -methoden

Unter besonderer Berücksichtigung der Schriften von Abt Johann Ignaz von Felbiger

SAYAKA KUME

Dieses Dissertationsprojekt behandelt die österreichische Bildungsgeschichte in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, insbesondere die pädagogischen Aktivitäten des katholischen Abtes Johann Ignaz von Felbiger (1724–1788). Anhand seiner pädagogischen Schriften und deren Vergleich mit anderen pädagogischen Schriften, aus Österreich und Deutschland, zielt es darauf ab, die Rolle der katholischen pädagogischen Theorien und Methoden dieser Zeit genauer zu erklären. Darüber hinaus wird untersucht, ob die österreichische Bildungstheorie eigene Besonderheiten im Vergleich zu den deutschen protestantischen hatte und welche Eigenarten sie bezüglich der Elementarbildung aufwies.

Felbiger gilt als der herausragendste Vertreter der katholischen Pädagogen jener Zeit. Er war Verfasser der österreichischen Allgemeinen Schulordnung von 1774 und spielte in dieser Zeit eine zentrale Rolle bei der Bildungsreform der Elementarschulen in der Habsburgermonarchie. Dabei ist es von besonderem Interesse, dass sich Felbiger in seinen pädagogischen Aktivitäten an protestantischen Pädagogen orientierte, obwohl er katholischer Abt war. Er hat persönlich die protestantischen Schulen in Berlin aufgesucht und die dort verwendeten Methoden studiert. Anhand dieser Methode entwickelte er seine Bildungsmethode und verfasste eigene Schriften zur Praxis und Theorie. Gleichzeitig stand er ständig mit seinen protestantischen Kollegen in Korrespondenz. Deswegen kann man davon ausgehen, dass Felbiger ein wichtiges Anschauungsbeispiel für die Analyse der Zusammenarbeit zwischen katholischen und protestantischen Pädagogen ist.

Die Hauptgrundlagen für diese Forschung sind Felbigers pädagogische Schriften, die Protokolle der damaligen Studienkommission und die Korrespondenzen Felbigers. Bei der Analyse der pädagogischen Schriften liegt ein besonderer Schwerpunkt auf dem Vergleich von Bildungsdiskursen und Bildungstheorien. Anhand der Quellen der Studienkommission kann man analysieren, welche Auseinandersetzungen um Felbigers Bildungsaktivitäten geführt wurden und wie er seine Erziehungsmethode an die Bedingungen in den katholischen Gebieten der Habsburgermonarchie angepasst hat. Darüber hinaus kann man annehmen, dass die Korrespondenzen die wesentlichsten Quellen sind, um seine Bildungstheorie zu analysieren und mit anderen Pädagogen zu vergleichen.

Diese Analyse soll zum Verständnis der österreichischen Bildungsgeschichte im späten 18. Jahrhundert durch eine eingehendere Analyse der Katholischen Aufklärung und des Josephinismus als „Sonderform der Aufklärung“ des sogenannten Aufgeklärten Absolutismus Österreichs beitragen.

Das städtische Militärwesen Wiens im späten Mittelalter

ANDREAS MOITZI

Strukturierte Ansätze eines Wiener Militärwesens lassen sich erstmals in den Quellen des 13. Jahrhunderts nachweisen. Zahlreiche Belagerungen und Feldzügen verlangten von den Bürgern ihre Kriegsdienstplicht ab. Mit dem ersten belegbaren Außeneinsatz fiel ein besonderes Recht zusammen, das den Wienern kurzfristig verliehen wurde: Die Heerfahrtseinschränkung besagte, dass die Wiener nur für Feldzüge aufgeboten werden durften, deren Einsatzgebiete sich in unmittelbarer Nähe der Stadt befanden. Es stellt sich dabei heraus, dass es sich bei diesem Privileg um eine zeitlich bedingte Maßnahme zum Schutz der Stadt handelte, von der sowohl der Stadtherr wie auch die Bewohner der Stadt profitierten. Zwei weitere Male ist die Verleihung dieses Rechts im 13. Jahrhundert nachweisbar und beide Mal stand es im Zusammenhang mit unmittelbarer Gefahr von außen.

Während für das 13. Jahrhundert mehrere Berichte vorliegen, die von militärischen Unternehmungen der Bürger berichteten, fallen die Informationen zum 14. Jahrhundert sehr spärlich aus. Erst mit dem Eintreten der Pestwelle in der Mitte des 14. Jahrhunderts und dem damit ausgelösten Wandel des Militärwesens, lassen sich Rückschlüsse auf die Verhältnisse auch des frühen 14. Jahrhunderts stellen. So zeichnete sich zunehmend ab, dass Bürger, die der Kriegsdienstplicht unterlagen, vermehrt Stellvertreter für einsetzten, um an ihrer statt dieser Schuldigkeit nachzukommen. Die Gründe hierfür dürften unterschiedlich sein: Einerseits war die Teilnahme an Militäreinsätzen gefährlich, andererseits verfolgte man lieber die persönlichen Wirtschaftsinteressen. Der Landesfürst verlangte jedoch bis zuletzt die persönliche Teilnahme der Bürger.

Das 15. Jahrhundert war gekennzeichnet von großen Konflikten, die nahtlos ineinander übergingen. Land und Leute schweren damit teils schwersten Belastungen ausgesetzt. Die Kontinuität kriegerischer Handlungen hatte zur Folge, dass die Anwerbung von Söldnern in den Diensten der Stadt stark zunahm. Ganz kam die Teilnahme einzelner Wiener an Militäreinsätzen bis zum Jahr 1494 allerdings nicht zum Erliegen. Das gesamte 15. Jahrhundert hindurch sind einzelne Teilnahmen belegbar. Wenn auch quellenmäßig nur schwer greifbar, darf auch eine persönliche Motivation für militärische Einsätze vermutet werden. Nicht auszuschließen ist zum einen ein gewisser Grad an intrinsischer Motivation, den eigenen Lebensraum zu schützen. Zum anderen dürfte Bürger auch die Aussicht auf Beute dazu bewegt haben, sich persönlich zu beteiligen. Eine Herausforderung stellt sich hierbei in der Bewertung des Einsatzumfanges der Wiener Bürger: ihre Leistung war kostenneutral, was ihre Teilnahme in den städtischen Rechnungen unsichtbar macht.

Das Patent als Regulierungsinstrument für wirtschaftspolitische Strategien unter Kaiser Franz Joseph I.

Ein ideengeschichtlicher, akteurszentrierter Ansatz im institutionellen Kontext

REINHARD PISEC

Die Industrielle Revolution umfasste viele Sektoren von Wirtschaft und Gesellschaft in der Habsburgermonarchie und der technische Aufschwung nahm darin eine zentrale Größe ein. Es ist keine neue historische Erkenntnis, dass Erfindungen die entscheidende Dynamik für Take-off Phasen im Zeitalter der Industrialisierung entfachten, jedoch von Interesse, welchen rechtlichen Rahmen Policy-Institutionen in Österreich für Erfinder und nutzende Gesellschaft bereitstellten und wie der Entscheidungsprozess dafür verlief. Welche wirtschaftspolitischen Strategien flossen in Realisierung aber auch Nicht-Realisierung von Policy-Entscheidungen mit ein, die von Akteuren ideengeschichtlich, machtpolitisch, zur Förderung des Erfindergeistes oder industriell-geschäftlich gesteuert wurden? Im rechtshistorischen Feld und in Bezug zur Erfindungshöhe von Patenten traten Anachronismen zum Vorschein, die erkennen lassen, dass der bürokratische Ordnungsrahmen internationalen Modellen nicht entsprach. In der zeitlichen Periode umfasste die evolutionäre Genese des Patentsystems in Österreich die Jahre 1820-1899, vom ersten Patentgesetz bis zur umfassenden Patentreform und der Errichtung eines Patentamtes. Auch die Rolle Ungarns muss berücksichtigt werden, weil die Zweistaatlichkeit Ungarn eine Eigenständigkeit an Entscheidungen zuerkannte, jedoch die Machtpolitik der österreichischen Regierung an einem einheitlichen Wirtschaftsraum festhielt, der auch das Patentsystem umfasste, aus dem Interessenkonflikte für Österreich resultierten. Interessenvertretungen, Kongresse, Konferenzen, Debatten im Reichsrat und die ministerielle Ebene bildeten jenen institutionellen Kontext, in dem sich Akteure – komplexe und individuelle – herausbildeten und wirtschaftspolitische Strategien für den Erfindungsschutz entwickelt und debattiert wurden. Die Konflikte in der Ausgestaltung des Patentsystems verliefen auch intrainstitutionell und erst eine Einigung aller der am Prozess von Policy-Entscheidungen beteiligten Akteure konnte eine Durchsetzung der Patentreform und ein Loslösen von Ungarn erwirken, jedoch mit beträchtlicher Verzögerung zu anderen Industriestaaten. Die „staatliche Dienstleistung“ eines Patentschutzes verlief im 19. Jahrhundert als semantische Transformation vom privilegierten Herrschaftsdekret zum subjektiven Recht und beendete das Zeitalter der Privilegien endgültig, als die Patente bis 1899 ex lege noch bezeichnet wurden – ein österreichisches Unikat.

Österreichische Bürgerbücher der Frühen Neuzeit im Vergleich

MICHAEL PROKOSCH

Bürgerbücher, von der städtischen Autorität angelegte eigenständige Amtsbücher, waren vor allem in der Frühen Neuzeit nützliche Hilfsmittel für Städte und Märkte, um die Zuwanderung von Personen zu dokumentieren und durch die Verschriftlichung des Vorgangs der Einbürgerung sowohl dem Orte als auch den Menschen, die um das Bürgerrecht ansuchten, Rechtssicherheit zu liefern. Im Zuge der Dissertation werden Bürgerbücher aus Linz (1658–1707, 844 Aufnahmeeinträge von 212+4 Bürgern und 552+64+12 Mitbürgern; mittels des zweiten Bürgerbuches ist der Zeitraum bis 1822 erweiterbar), Tarvis (1602–1783, 836 Aufnahmeeinträge von 647 Bürgern, 186 Räten), Innsbruck (~1487–1794; inklusive Inwohneraufnahmebücher 1508–1567 und 1567–1608) und Graz (1720-1819) untersucht.

Die Daten, die in der Regel in den Bürgerbüchern verschriftlicht wurden, gehören der Name des Aufgenommenen, das Aufnahmedatum, der Status nach der Aufnahme (Bürger, Mitbürger, Inwohner, Rat, Schreiber,...), die zu zahlende Aufnahmegebühr und oft auch der Beruf. Dazu kommen noch mitunter Angaben über erfolgte Suppliken, notwendigen Waffenbesitz, über dem Rat vorzulegende Nachweise (Geburts- und Lehrbriefe, Abschiede, Heiratsurkunden, Taufscheine,...), familiäre Verbindungen, Beziehungen zu anderen Einwohnern, Beschränkungen des ausgeübten Gewerbes, Hausbesitz und nicht zuletzt den Herkunfts- oder Geburtsort.

Mit letzteren können Aussagen über städtische Migration gemacht werden, mithilfe der Nennungen der Berufe und den Zahlungen über die soziale und wirtschaftliche Struktur einer Gemeinde, und mittels der Aufnahmefrequenzen über die Notwendigkeit und Bereitschaft eines Ortes, fremde Menschen zu Einwohnern zu erklären. Frauen kommen in allen Bürgerbüchern nur marginal vor, mit den wenigen Nennungen kann aber auch die Stellung von Frauen innerhalb der Stadt beziehungsweise des Marktes in Ansätzen nachvollzogen werden. Durch die einzelnen Einträge in den Quellen kann man die Schritte, die bis zur Erlangung des Bürgerrechts von den Aspiranten vollzogen werden mussten, gut nachvollziehen; mitunter wurde auch verschriftlicht, wenn manchen Bürgern das Bürgerrecht wieder entzogen wurde oder sie es freiwillig zurücklegten.

Weitere Fragen, die geklärt werden sollen, vor allem durch den Vergleich der einzelnen Orte untereinander, sind unter anderem: Was lässt sich über die Einwanderung bestimmter Berufsgruppen aussagen? Waren die Unterschiede der Einbürgerungstaxen durch Herkunft, Beruf oder andere Umstände bedingt? Gibt es betreffend der Herkunft der Neubürger ein Gefälle zwischen ländlichen Regionen und Städten? Gibt es Personengruppen mit Erschwernissen bei der Annahme des Bürgerrechts? Lassen sich Krisenzeiten in den Bürgerbüchern nachweisen, und wenn ja, wie beeinflussen diese die Migration?

Karl Maria Coudenhove and Erich von Kielmansegg

Two Governors at the End of the 19th Century and Beginning of the 20th Century

DAVID SMRČEK – JAN BOUŠKA

At the political and social turmoil of the end of the 19th and beginning of the 20th century, two governors showed admirable resilience during their rule. Erich von Kielmansegg, governor of Lower Austria, occupied the office for 23 years, while Karl Maria Coudenhove's rule at the Czech governorship lasted 15 years. Both governors were very important figures in their land's administration. Yet, Erich von Kielmansegg is considered to be one of the most successful governors, whereas Karl Maria Coudenhove's administration was taken as a failure both by the members of the state administration and later by historiographers.

The perceived success or, on the contrary, failure of the tenure was a result of the entangled aspects of the rule – for instance, urbanization, relationship with the local governments, ability to communicate with different opinion groups within the lands, negotiation skills when talking with other members of the state administration, as well as capability/competencies to create a positive public image. The official mandate and the power attached to it played a significant role, but even more crucial were governors' personal agency and abilities, shaping how this power was exercised.

In the paper, we analyze the personal choices and decision-making of both governors and how they influenced the administration of their offices. How and when did Karl Maria Coudenhove and Erich von Kielmansegg step over their formal power of the governors to influence the affairs in Bohemia and Lower Austria? The impact of such personal choices and strategies is demonstrated by studying the relationships of the governors with the capitals of their lands (Prague and Vienna). Thus, we examine the multiple connections between the governors and the cities, such as 1) the relationships between the governors and the mayors, 2) governors' influences and initiatives on the urban changes (for example, urbanization, sanitation), and 3) governors' roles and reactions to growing mass movements (that resulted in demonstrations and riots).

At the same time, it is necessary to study negotiation strategies with the state authorities, such as the Minister of Interior (very often occupied by the Prime Minister) or Police Directors in the capital cities. This way, we will be able to observe not only the personal influence of the governors when in command but also the limits of their power in the bureaucratic hierarchy.

Thus, our research does not aim to contribute purely to the history of administration, nor will it present a collective biography of the two governors, but to a certain extent incorporates both. Rather, we will analyze the intersection between official and personal affairs of the governors, researching how the office was exercised without being limited by the normative documents.

Vortragende

Julia Bavouzet, Dr., is a post-doc researcher at the Institut für Österreichische Geschichtsforschung (University of Vienna). She currently investigates the modalities of state transformation in Central Eastern Europe after the First World War, with a particular focus on the Hungarian case.

Jan Bouška is a Ph. D. student at the Institute of the Czech History (Faculty of Arts, Charles University). In the focus of my research lies the Bohemian aristocracy in the second half of the 19th century, more precisely its position in the disordered late period of the Habsburg monarchy (from 1890 until 1914), when it had to face many new challenges (e. g. increase of nationalist tension, reforms of suffrage). Partially, I am interested in the research of the cultural history of aristocracy, mainly in the matter of everyday life and „the last things of men“ (death, funeral, mourning, etc.).

Bernhard Huber, Mag., Jg. 1986, 2006-2011 Studium der Geschichtswissenschaft und Romanistik in Salzburg sowie 2017-2019 Masterstudium am IÖG, 2009-2012 Studienassistent und wiss. Mitarbeiter am Fachbereich Geschichte/Univ. Salzburg (Zentrum für Gastrosophie), 2012-2014 Projektmitarbeiter im Archiv der Wirtschaftskammer Salzburg, 2012-2017 pers. Referent im Hochmeisteramt des Deutschen Ordens Wien, seit 2017 wiss. Mitarbeiter im Zentralarchiv des Deutschen Ordens Wien.

Jennifer Karl, BA, MA, geb. 1991 in Klagenfurt/ Kärnten. Bachelorstudium Geschichte an der Universität Wien, Abschluss WS 2014/2015 mit der Bachelorarbeit "Russlands Annäherung an Europa unter Katharina II". Masterstudium am Institut für Österreichische Geschichtsforschung (Archivzweig), Österreichische Staatsprüfung WS 2017/2018. Masterarbeit: "Edition des Urbars von St. Georgen am Längsee aus dem Jahr 1486". Seit Jänner 2018 Referentin im Österreichischen Staatsarchiv, Abteilung *Archiv der Republik*. Ebendort zuständig für die Bestände des Bundesministeriums für Unterricht, die Zivilakten der NS-Zeit und alle Forschungsanfragen betreffend die Entnazifizierung in Österreich.

Sayaka Kume, BA, MA, 2011–2016: Studium der Geschichtswissenschaften, Universität Tsukuba, Japan. 2016–2018: Masterstudium für International Area Studies, Universität Tsukuba, Japan. 2018–2019: Doktoratsstudium für Sozialwissenschaften, Universität Hitotsubashi, Japan. 2019–2021: Erwerb des österreichischen Staatsstipendiums als Wettbewerbsstipendium. 2019–heute: Doktoratsstudium für Geschichtswissenschaften, Universität Wien.

Andreas Moitzi, MA, 2015 Abschluss des Masterstudiums der Geschichte mit dem Schwerpunkt Mittelalterliche Geschichte an der Karl-Franzens-Universität Graz ab. 2016 bis 2020 Universitätsassistent am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien. Forschungsschwerpunkte: städtischen Militärwesens (Dissertationsprojekts), Aspekte des Alltags und der materiellen Kultur des Mittelalters. Seit mehr als 15 Jahren beschäftigt er sich mit der

Rekonstruktion mittelalterlicher Pfeile und ist daher eng mit Bögen und Armbrüsten verbunden (Masterarbeit über österreichische Bogner und Pfeilschnitzer). Seine Faszination für Schwerter und andere Nahkampfwaffen dieser Epoche zeigt sich zudem in seiner langjährigen HEMA-Tätigkeit.

Reinhard Pisec, Mag., MA. Absolvent der WU Wien und Geschichte Uni Wien, Geschäftsführer (CEO) und -inhaber, Ausbildung zum Börsenhändler in Österreich und Südafrika, Tätigkeiten in der Industriellenvereinigung Wien, Wirtschaftskammer Wien und WK Österreich, Redenschreiber in eigener Sache im Parlament 2010-2020. Masterarbeit als Monographie publiziert: Reinhard Pisec, Die Entwicklung des Erfindungsschutzes in Österreich im 19. Jahrhundert (Tectum, Baden-Baden 2018).

Michael Prokosch, Mag., MA: Studium der Geschichte, Masterstudium Geschichtsforschung, Historische Hilfswissenschaften und Archivwissenschaft, seit Ende 2018 Doktoratsstudium Geschichte. Anstellungen bei u.a. VHS Wien, Büchereien Wien, Universität Innsbruck (Institut für Geschichtswissenschaften und Europäische Ethnologie), seit 2020 Archivar im Kärntner Landesarchiv. Mitglied des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung, beim Verband Österreichischer Archivarinnen und Archivare, beim Österreichischen Arbeitskreis für Stadtgeschichtsforschung und anderen.

David Smrček is a Ph.D. student at the Doctoral School of Historical and Cultural Studies (University of Vienna) and Institute of Czech History (Charles University Prague), connected through the program *Cotutelle de these*. The center of my research lies within “street politics” and the Czech-German conflict in Bohemia at the end of the 19th century, as I write my dissertation about *Street Politics and Collective Violence in Cisleithania in 1897*. Currently, I work on a project of the Czech Academy of Sciences, finishing a publication about the everyday life of members of the Czech minority in interwar Vienna.